



Herr Bundesrat
Albert Rösti
Departementsvorsteher UVEK

Bern, 30. Januar 2024

Per E-Mail:
m@bakom.admin.ch

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat, geschätzter Herr Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Jungen Grünen Schweiz (JGS) bedanken sich für die Möglichkeit, an der Vernehmlassung zur Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung RTVV teilzunehmen. Wir machen fristgerecht gerne davon Gebrauch und nehmen wie folgt Stellung.

Die Jungen Grünen Schweiz begrüssen die Ablehnung der "200 Franken sind genug", der sogenannten Halbierungsinitiative. Weiter lehnen sie die vom Bundesrat vorgeschlagenen Senkungen der Abgaben klar ab.

Institutionelle Kritik

Der Bundesrat hat die Halbierungsinitiative als einschneidend beurteilt und hat sich deshalb gegen die Initiative ausgesprochen. Daher empfiehlt der Bundesrat die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung. Bundesrat Albert Rösti hat jedoch einen Gegenvorschlag auf Verordnungsebene vorgelegt. Dieser ist aus Sicht der JGS problematisch, aus folgenden Gründen.

Will der Bundesrat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellen, ist es angezeigt, dies im ordentlichen demokratischen Prozess zu tun, wo ein solcher Gegenvorschlag auch politisch bekämpft werden kann. Insbesondere beim umstrittenen und demokratiepolitisch äusserst relevanten Thema des medialen Service public bewerten es die JGS als sehr heikel,

das Parlament von der Debatte auszuschliessen. Mit dem gewählten Vorgehen nimmt der Bundesrat der Bevölkerung die Möglichkeit, sich hinter den medialen Service public in seiner heutigen Form zu stellen, da die Änderung auf Verordnungsebene in Kraft tritt, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Medien sind elementar für die Demokratie

Die Digitalisierung hat die (journalistische) Medienbranche tiefgreifend verändert. Als Folge sinkender Werbeeinnahmen sind in den letzten Jahren hunderte Arbeitsplätze im Journalismus verschwunden, Redaktionen zentralisiert und abgebaut worden. Unrentable Medien verschwanden oder wurden von den grossen Medienhäusern gekauft.

Im Jahr 2023 gab es keine Fortschritte in der Medienpolitik, und das ist einmal mehr eine schlechte Nachricht für die Branche. Wir stehen weiterhin inmitten einer strukturellen, sich ständig verschärfenden Medienkrise. CH-Media hat ein massives Sparpotenzial angekündigt, wobei 150 Vollzeitstellen abgebaut werden. Weiter wird die TX-Group 48 Stellen bei ihrer Bezahl Zeitung und 35 für 20 Minuten streichen. Vor kurzem wurde uns ausserdem bekannt, dass nach der vollständigen Übernahme von Ringier Axel Springer Schweiz durch eine Restrukturierung 75 Stellen abgebaut werden sollen. Nun sollen auch bei der SRG SSR 170 Millionen Franken pro Jahr eingespart werden, was einen Abbau von mehreren hundert Stellen zur Folge haben wird. Die Verarmung der Medienlandschaft setzt sich 2023 unvermindert fort. Auch zu Beginn des Jahres 2024 scheint es keine Anzeichen für eine Umkehr zu geben.

Aber nicht nur das, auch die Abwanderung von Fachkräften hält unvermindert an, da immer mehr in diesem Sektor ausgebildete Personen den Beruf verlassen. Zum einen aus Perspektivlosigkeit zum anderen wegen des vergifteten Arbeitsklimas, das durch überzogene Gewinnerwartungen der Verleger*innen entsteht.

Angesichts der Schwierigkeiten vollständig privat finanzierter Medien im Markt zu bestehen und qualitativ hochstehende, publizistische Vielfalt zu generieren, ist es fahrlässig, nun auch noch den medialen Service public massiv zu schwächen.

Die Medien werden auch als vierte Gewalt in einer Demokratie bezeichnet. Es ist unerlässlich, dass Bürger*innen gut informiert sind. Laut dem Jahrbuch zur Qualität der Medien 2023 übersteigt der Anteil der Menschen 'news deprived', d.h. die keine Nachrichten mehr erhalten und keine Medien mehr konsumieren, erstmals 40%.

Während der Journalismus mit wachsenden Finanzierungsproblemen zu kämpfen hat, muss die Politik sicherstellen, dass ein vielfältiges und diverses Angebot an Medien existiert. Von einem gut finanzierten öffentlichen Medienhaus, gerade in den gegenwärtigen Zeiten, profitiert die Schweizer Demokratie und dessen Erhalt ist deshalb wichtiger denn je.

Konsequenzen der Abgabensenkungen

Die SRG SSR muss die gesamte Bevölkerung inhaltlich umfassend versorgen. Ihr Auftrag umfasst gemäss Verfassung mehr als nur Information. Als wichtige Fördererin des einheimischen Filmschaffens, der Schweizer Musik-, Literatur-, Theater- und

Volkskulturszene leistet die SRG SSR einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesellschaft. 83% der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren nutzen wöchentlich ein Angebot der SRG SSR.¹

Die SRG SSR bietet ein breites Angebot an Information, Kultur, Sport, Bildung und Unterhaltung in vier Landes- und sechs weiteren Sprachen an. Die SRG SSR ist für die lateinische Schweiz und für den Zusammenhalt der Schweizer Sprachregionen unverzichtbar. Dabei werden unterschiedliche Landesteile, Sprachgemeinschaften, Kulturen und Religionen berücksichtigt.

Die Nachrichtensendungen der SRG SRF haben ein Publikum, das politisch genau dem Durchschnitt der Schweizer Bevölkerung entspricht. Es gibt also keinen Hinweis darauf, dass die Zuschauer*innen sie als politisch einseitig wahrnehmen.

In vielen westlichen Ländern gehören die öffentlich-rechtlichen Medien zu den Anbietern, die eine besonders hohe Informationsqualität garantieren. Dies ist durch zahlreiche Studien belegt worden. Öffentlich-rechtliche Medien fördern das Vertrauen in das Mediensystem und die Institutionen insgesamt. Alle Menschen profitieren davon, nicht nur regelmässige und gelegentliche Nutzer*innen, sondern auch diejenigen, die sie nicht konsumieren.

Nur durch eine stabile und unabhängige Finanzierung kann SRG diese Vielfalt sicherstellen, die ein breites Publikum erreicht. Mit den angekündigten Sparmassnahmen wird die SRG ihren von der Verfassung verliehenen Leistungsauftrag nicht mehr nachkommen können. Der Service public wird Stück für Stück abgebaut, was im Fachjargon als Salamtaktik bezeichnet wird. Die schrittweise Senkung der TV-Gebühren setzt die SRG SSR unter Druck und zwingt sie, permanent zu sparen und jeden Rappen zu zählen.

Die Rundfunkgebühr wurde in den letzten zehn Jahren massiv gesenkt: Von 462 Fr. im Jahr 2014 auf heute 335 Fr. Nun ist eine weitere Senkung in zwei Etappen geplant, auf 314 Fr. im Jahr 2026 und 300 Fr. im Jahr 2029. Das bedeutet zwangsläufig, der SRG SSR Kürzungen und Einsparungen vorzuschreiben, was wiederum einen Qualitätsverlust und Einschnitte auch bei den Programmangeboten bedeutet. Dies bedeutet ein weiterer Stellenabbau in der Schweizer Medienlandschaft und schwächt die Qualität und Vielfalt der gesamten Medienlandschaft in der Schweiz. Und die Folgen würden sich nicht nur auf das Angebot der SRG SSR beschränken. Gemäss der makroökonomischen Wirkungsanalyse von BAK BASEL hängt an jeder Vollzeitstelle bei der SRG SSR eine weitere Vollzeitstelle in einer anderen Branche.

In ihrer Stellungnahme zur geplanten Verordnungsänderung hat die SRG SSR die Folgen für das Unternehmen ausführlich dargestellt. Die JGS unterstützen die Position der SRG SSR vollumfänglich.

Bei der SRG SSR würden schrittweise fast 900 Stellen abgebaut, und auch die Privatsender mit Leistungsauftrag und Gebührenanteil wären betroffen. Hinzu kommt, dass die Privatsender schon heute über wenig finanziellen Spielraum verfügen, so dass auch sie auf den Rückgang der Einnahmen nur mit Kürzungen und Sparmassnahmen reagieren können.

¹ SRG SSR Public Value: Zahlen Daten Fakten (2023). Online im Internet: https://publicvalue.srgssr.ch/wp-content/uploads/2023/06/de_Zahlen-Daten-Fakten_UePV-1.pdf

Der Mediensektor befindet sich nach wie vor in einer tiefen Krise, und die politische Reaktion scheint darin zu bestehen, die Kürzungen in diesem Sektor zu beschleunigen und zu verstärken.

Die JGS lehnen die vorliegende Teilrevision des RTVV in allen Punkten ab. Wie ausführlich erläutert, übt es institutionelle, verfahrenstechnische wie auch inhaltliche Kritik am Entscheid des Bundesrates und zeigt die massiven Konsequenzen auf.

Die Senkung der Abgabe entlastet die Haushalte nicht spürbar, wird aber weitreichende Konsequenzen für den medialen Service Public, die Medienqualität und Medienvielfalt der Schweiz haben. Die Schwächung der Medien und insbesondere der SRG SSR gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt der viersprachigen Schweiz und ist demokratiepolitisch gefährlich.

Dass sich der Bundesrat einerseits gegen die «Halbierungsinitiative» ausspricht, aber andererseits mit dieser Teilrevision die Erreichung der Ziele der Volksinitiative begünstigt, stösst bei Junge Grüne Schweiz auf grosses Unverständnis.

Es ist in den Augen der JGS nicht vertretbar angesichts der bevorstehenden parlamentarischen Beratung der Volksinitiative wie auch einer allfälligen Volksabstimmung, die politischen Institutionen zu umgehen und die gefährlichen und demokratieschädigenden Forderungen der Initiant*innen zumindest teilweise auf dem Verordnungsweg durchzusetzen.

Aus all diesen Gründen lehnen die JGS die vorliegende Teilrevision der RTVV vollumfänglich ab. Besten Dank für die Berücksichtigung unserer gewichtigen Argumente.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen wohlwollend zu prüfen und auf das angekündigte Vorhaben zu verzichten. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen,

Magdalena Erni



Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

Margot Chauderna



Coprésidente Jeunes Vert·e·x·s Suisse